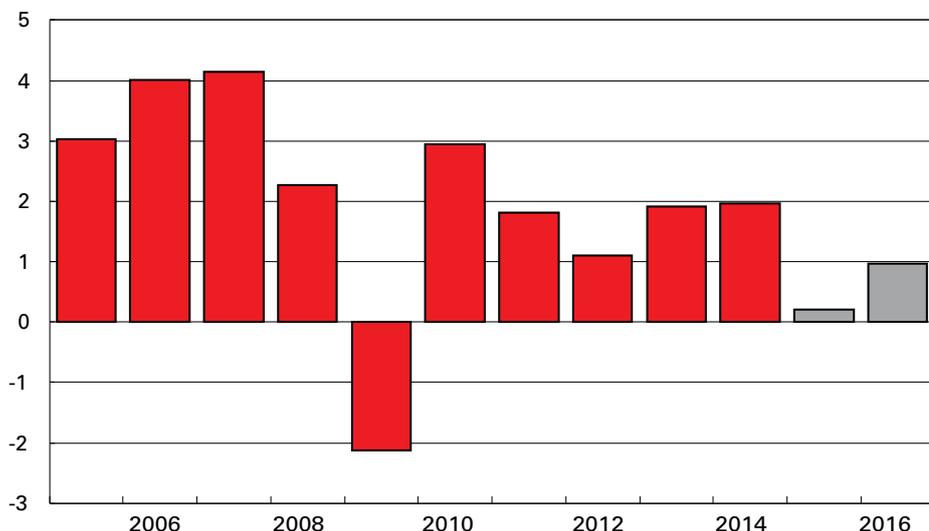


Konjunkturspritze? Unnötig!

Weder der Bund, noch Kantone und auch nicht die Gemeinden sollten wegen der negativen Auswirkungen der Frankenstärke konjunkturelle Notmassnahmen ergreifen. Denn die Wirkung solcher Programme ist höchst umstritten.



Die Prognose für die Veränderung des BIP in Prozent (grau).
Geschrunpft ist die Wirtschaft 2009 als Folge der Finanzkrise.

Grafik: KOF ETH Zürich

«Es brennt, wir müssen sofort löschen.» Kaum hatte die Nationalbank Mitte Januar den Euro-Mindestkurs abrupt aufgegeben, hagelte es Vorschläge von Politikern und Interessenvertretern, wie man der Wirtschaft nun am besten unter die Arme greifen könnte.

Seither hat sich der Eifer für sofortige Konjunkturspritzen merklich abgekühlt. Noch immer werden in verschiedenen Kantonen und Gemeinden aber Eingriffe gegen die Auswirkungen der Frankenstärke gefordert und geprüft. Beispielsweise in den Kantonen Aargau, Solothurn oder Graubünden. Im Vordergrund stehen regelmässig Massnahmen wie Steuer- und Abgabensenkungen, beim Arbeitsmarkt, im Bereich der administrativen Belastungen und zum Schutz der regionalen Wirtschaft. Auch Gemeinwesen sind mit

recht speziellen Initiativen vorgeprellt, etwa die Basler Vorortsgemeinde Riehen, die eine von ihr finanzierte Einkaufslotterie organisiert hat, um den Einkaufstourismus zu bekämpfen. Oder die St. Galler Gemeinde Uzwil, die ihre Angestellten jede Woche zwei Stunden länger arbeiten lässt. Aus Solidarität gegenüber den Angestellten in der Privatindustrie, die wegen des sogenannten

Frankenschocks ähnliche Massnahmen zu erdulden haben.

Rahmenbedingungen verbessern

Solche Hauruckübungen sind jedoch Einzelfälle geblieben. Die grosse Mehrheit der Kantone und Gemeinden ist in den letzten Wochen zur Einsicht gekommen, es brauche vorläufig noch keine Konjunkturprogramme oder sonstige Geldspritzen. Exemplarisch für diese Meinung steht beispielsweise der Thurgauer Volkswirtschaftsdirektor Kaspar Schläpfer. Ähnlich nüchtern äusserte sich Bundesrat Johann Schneider-Ammann: «Es gibt kaum rasche und zielführende Massnahmen, um die kurzfristigen Nachteile für die Exportwirtschaft auszugleichen», erklärte er. Zentral sei es, weiterhin gute Rahmenbedingungen zu bieten und

diese zielgerichtet zu verbessern. Auch der Erhalt des bilateralen Weges mit der EU helfe den Schweizer Unternehmen. Nur noch die politische Linke setzt sich noch dezidiert für ein Konjunkturprogramm ein. «Dies lieber schon heute als morgen, damit es bei Ausbruch der Krise wirken könnte», fordert SP-Präsident Christian Levrat. Der Aargauer CVP-Kantonalpräsident Markus Zemp hält es zu-

«Nur die Linke setzt sich für ein Konjunkturprogramm ein.»

mindest für vorstellbar, dass die Steuern auf Ebene der Gemeinden angehoben würden, um die negativen Folgen der Frankenaufwertung abzufedern. Das Credo der bürgerlichen Parteien und der Wirtschaftsvertreter lautet hingegen, es genüge, wenn der Staat der Wirtschaft nicht noch zusätzliche Steine in den Weg lege. Das heisst insbesondere: keine Steuererhöhung und keine neuen Auflagen. Insbesondere auch nicht von den Gemeinden.

Warnung vor Aktionismus

Die Wissenschaft stützt diese Argumente: «Zum aktuellen Zeitpunkt sind Konjunkturprogramme fehl am Platz. Auch kantonale und kommunale Konjunkturprogramme sollen ja kurzfristig einen Nachfragerückgang kompensieren. Die Frankenstärke ist aber kein konjunkturelles Phänomen», argumentiert Peter Eisenhut, Managing Partner des St. Galler Forschungsunternehmens Ecolopol. Dieses Institut hat vor sechs Jahren im Auftrag der St. Galler Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten untersucht, wie zweckmässig Konjunkturspritzen insbesondere auch auf kommunaler Ebene sind (vgl. Kasten)

Die damaligen Erkenntnisse gelten nach den Worten von Eisenhut noch immer. Dies umso mehr, als sich die heutige konjunkturelle Lage im Vergleich zur Situation vor sechs Jahren wesentlich günstiger darstellt. 2009 schrumpfte das Bruttoinlandprodukt (BIP) der Schweiz als Folge der Finanzmarktkrise und einem Einbruch der Nachfrage aus dem Ausland deutlich um 2,1 Prozent. Und der BIP-Rückgang im Euroraum betrug 0,7 Prozent. Aktuell liegen die Konjunkturprognosen der verschiedenen Institute für die Schweiz zwischen 0,2 und 1 Prozent. Die Prognosen für das BIP im Euroraum stehen bei 1,2 bis 1,8 Prozent. Das aktuelle Problem der Schweizer Wirtschaft sei mit andern Worten nicht eine rückläufige Nachfrage aus dem Ausland, sondern eine wegen der Frankenstärke angeschlagene Wettbewerbsfähigkeit, folgert Eisenhut. Konsequenz: «Die Wirtschaftspolitik muss sich darauf konzentrieren, die Bedingungen für ein langfristiges Wachstum zu optimieren und den Strukturwandel zu begleiten.»

Christoph Lengwiler, Professor am Institut für Finanzdienstleistungen Zug IFZ, findet die Zurückhaltung bei Konjunkturspritzen ebenfalls richtig: «Aus heutiger Sicht gibt es weder für die Kantone noch für die Gemeinden einen Bedarf für Konjunkturförderungsinitiativen.»

Der grosse Hebel der Gemeinden

Falls es aber tatsächlich noch zu einem deutlichen konjunkturellen Abschwung käme, würden ohne Zweifel auch Konjunkturförderungsprogramme auf Kantons- und Gemeindeebene neu diskutiert. Dies obwohl deren Wirkung umstritten sei. Denkbar wäre es nach Lengwiler, beispielsweise Investitions- und insbesondere Bauprojekte vorzuziehen, Forschung und Innovationen zu fördern oder den Konsum der Bevölkerung anzukurbeln. «Hier wurden in der Finanzkrise in Deutschland und anderen Ländern Experimente mit Verschrottungsprämien gemacht, die man beim Ersatz eines alten Autos durch einen Neuwagen erhielt. Die Wirkung all dieser Massnahmen ist und bleibt jedoch sehr umstritten», gibt Lengwiler zu bedenken.

Die richtigen Massnahmen

Generell ist vor konjunkturpolitischem Aktivismus zu warnen. Denn jede Wirtschaftskrise wird von den verschiedenen Interessengruppen genutzt, um ihre politischen Forderungen und wirtschaftlichen Sonderinteressen unter dem Deckmantel der konjunkturpolitischen Notwendigkeit durchzusetzen.

Kantone und Gemeinden sollten in erster Linie die sogenannten automatischen Stabilisatoren wie die Arbeitslosenversicherung, die Kurzarbeitsentschädigung, die Sozialhilfe und die Steuerpolitik wirken lassen. Deren konjunkturstützende Wirkung ist deutlich höher als jene von Konjunkturspritzen.

Würden trotz all diesen Bedenken dennoch Konjunkturprogramme aufgelegt, hätten die Gemeinden bezüglich der meisten Finanzkennziffern den grössten Handlungsspielraum. Laut Finanzstatistik der Eidgenössischen Finanzverwaltung sind sie nämlich deutlich geringer verschuldet als die Kantone und der

Wenn schon Konjunkturprogramme, dann sollte das Schwergewicht auf Investitionen liegen. Die beste und direkteste Wirkung geht davon aus. Neben direkten Investitionen sind auch Massnahmen zur Förderung von Investitionen zu prüfen, wobei auf Mitnahmeeffekte zu achten ist. Dabei finanziert der Staat Projekte mit, die sowieso umgesetzt worden wären.

Eine Rezession ist der falsche Zeitpunkt für Sparübungen und Steuererhöhungen von Kanton und Gemeinden. Kanton und Gemeinden sollen ihr konjunkturpolitisches Engagement aufeinander abstimmen und mit dem Bund koordinieren.

Bund und werden gesamthaft auch im laufenden Jahr keine Defizite anhäufen.

Fredy Gilgen

Informationen:
www.kof.ethz.ch

Anzeige

internetgalerie
internet business solutions

Bestattungen online verwalten

Die Software «e-Bestattung» ermöglicht die elektronische Verwaltung von Bestattungen über das Internet. Bestatter können so auch ausserhalb der Öffnungszeiten der Gemeinde Bestattungstermine reservieren.

Todesfälle am Wochenende führen zu grossem Aufwand für die Gemeinde zu Wochenbeginn. Trauerfamilien müssen meist lange warten, bis der Bestattungstermin fixiert ist. Das muss nicht sein. Mit e-Bestattung können Bestatter rund um die Uhr Bestattungstermine direkt online reservieren.

Wir programmieren e-Bestattung abgestimmt auf die Bedürfnisse Ihrer Gemeinde. Die bestehenden Abläufe werden effizienter gestaltet: Sie sparen Zeit und Geld!

Diese Gemeinden arbeiten bereits mit e-Bestattung: Thun, Lyss, Spiez, Steffisburg, Heimberg.

Kontaktieren Sie uns für eine unverbindliche Präsentation von e-Bestattung.

www.e-bestattungen.ch

Vorteile für Ihre Gemeinde:

- Termine buchen: an 365 Tagen während 24 Stunden
- Vereinfachte Abläufe: keine Fehlbuchungen und Doppelbelegungen
- Entlastung des Bestattungsamtes und der Gemeinde (administrativ und kostenmässig)
- Kein Pikett-Dienst am Wochenende
- Hohe Sicherheit von sensiblen Daten
- Prozess individuell definieren: Reservationen überprüfen und freigeben

Internetgalerie AG | Aarestrasse 32 | 3601 Thun | www.internetgalerie.ch | mail@internetgalerie.ch | +41 33 225 70 70